

Bevor der Bär erlegt ist, wird schon um sein Fell gestritten

Weltweit hoffen Unternehmen auf lukrative Aufträge für den Wiederaufbau in Irak / Franzosen fürchten Alleingang der USA / Deutsche Firmen äußern Skepsis

Die Dauer des Kriegs in Irak ist genauso ungewiss wie das Ausmaß der Zerstörungen und der wirtschaftlichen Folgen. Gleichwohl wird allenthalben gerechnet. Manager buhlen um Aufträge für den Wiederaufbau, Ökonomen versuchen, die Folgen für die Konjunktur abzuschätzen. Und da es um viel Geld und Einfluss geht, mischt auch die Politik kräftig mit. Wer letztendlich für die Kosten aufkommt, wird wohl erst in mehreren Jahren deutlich. Möglicherweise muss Irak den Löwenanteil selbst zahlen - über ein Programm Öl für Rekonstruktion.

Von Hans-Hagen Bremer, Dieter Claassen, Walter Pfäffle und Christine Skowronowski



Wer zahlt die
Beseitigung der
Kriegsschäden?
(dpa)

Ach Heidi. "Es kann nicht sein, dass die Amerikaner und Briten bomben, und das ‚alte Europa‘ zahlt." Also sprach Entwicklungsministerin Heidemarie Wiecek-Zeul dieser Tage im Interview mit der *FR*. Das ist schön gesagt und Balsam für die wunden Seelen der Kriegsgegner. Doch die Politikerin ist lange genug im Geschäft, um zu wissen, dass sich mit moralischer Empörung kein Staat machen lässt.

Selbstverständlich wird das alte Europa, ebenso wie das neue und noch eine Reihe weiterer Länder, für den Wiederaufbau Iraks zahlen. Und letztlich gar nicht einmal so ungerne. Denn nur, wenn sich die Regierungen in Berlin, Paris und anderen Hauptstädten an der Finanzierung beteiligen, darf die jeweilige heimische Industrie mit Aufträgen rechnen.

Dabei geht es um viel Geld. Die Vereinten Nationen (UN) beziffern die Kosten für die Beseitigung der Kriegsschäden auf 30 Milliarden Dollar - über einen Zeitraum von drei Jahren. Dies hält der US-Ökonom William Nordhaus für das Minimum. Seinen Schätzungen zufolge könnten insgesamt sogar mehr als 100 Milliarden Dollar fällig werden, zumal es nicht nur darum geht, die Trümmer wegzuräumen. Vielmehr muss die gesamte Infrastruktur - die maroden Ölanlagen, die Wasserversorgung, Straßen oder Schulen und vieles mehr - auf Vordermann gebracht werden. Und schließlich gibt es auch das geplante demokratische System nicht zum Nulltarif.

Noch ist der Bär nicht erlegt, da wird bereits um sein Fell gefeilscht. Allenthalben machen sich Unternehmen Hoffnungen auf lukrative Geschäfte. Und weil in der gegenwärtigen Konjunkturflaute jeder zusätzlich eingenommene Dollar oder Euro doppelt zählt, mischt in dem Verteilungskampf die Politik kräftig mit.

Auch das hat Tradition. Als England und Frankreich nach dem Ende des Ersten Weltkrieges um die Reste des untergegangenen ottomanischen Reichs stritten, soll es in den Verhandlungen zwischen George Clemenceau und Lloyd George einmal so heftig zugegangen sein, dass sich der französische und der britische Premierminister um ein Haar tätlich angriffen. Im Vertrag von San Remo gestand England dem Rivalen dann 20 Prozent am schwarzen Gold des Zwei-Strom-Lands zu. Der Handel wäre fast gescheitert, denn auch die USA verlangten ihren Anteil. Beendet wurde der Streit mit dem Einstieg des US-Unternehmens Nedec bei der Iraq Petroleum Company.

Inzwischen zeichnet sich eine Neuauflage dieser Auseinandersetzung ab. Dass die USA kürzlich

schon fünf großen heimischen Baufirmen lukrative Vorverträge über den Wiederaufbau zuschanzten, hat nicht nur die britische Industrie auf den Plan gerufen. Auch Frankreich, das die Brücken zu Irak nie abbrach, will nicht zu kurz kommen - vor allem, wenn es um die Verteilung der Öl-Pfründe geht. Schließlich hat die Regierung von Saddam Hussein dem Pariser Petroleum-Riesen Total bereits Mitte der 90er Jahre die Ausbeutung von zwei ertragreichen Feldern zugestanden. Wegen des Embargos wurden die Verträge allerdings nie unterschrieben. Nun pocht das Total-Management auf seine Rechte. Außerdem erhielt eine vom Finanzministerium und dem Unternehmerverband Medef gegründete Arbeitsgruppe soeben den Auftrag zu prüfen, "wie französische Firmen den Weg zurück nach Bagdad finden können".

Die unverhohlene Absicht der USA, die Beseitigung der Schäden durch eine Militärverwaltung in eigener Regie zu übernehmen, hat Paris alarmiert. Dafür werde es keine UN-Resolution geben, warnt Präsident Jacques Chirac. Dies käme einer nachträglichen Billigung des Kriegs durch den Sicherheitsrat gleich. Stattdessen besteht Frankreich darauf, dass der wirtschaftliche, politische und gesellschaftliche Wiederaufbau Iraks multilateral unter UN-Aufsicht vonstatten geht, eine Lösung, die wohl auch Berlin präferiert.

Für seine Position macht Paris nicht nur rechtliche Gründe geltend, sondern auch wirtschaftliche. Da vermutlich ein großer Teil der Kosten für den Wiederaufbau von der internationalen Gemeinschaft aufgebracht werden müsse, sei es nur billig, dass die Geberländer auch bei der Vergabe der Aufträge berücksichtigt würden.

Das Argument lässt sich allerdings auch umdrehen: Wenn Amerikaner und Briten, die von ihnen angerichteten Schäden selbst zahlen sollen, wie es Wiczorek-Zeul fordert, können sie demzufolge auch eigenmächtig, ohne die Vereinten Nationen zu fragen, darüber entscheiden, welchen Firmen das Geld zugute kommt.

Aber selbst die treuesten Verbündeten der USA, die Briten, plagen gewisse Zweifel an der transatlantischen Solidarität. "Wir hoffen, keine Wiederholung dessen zu erleben, was bereits nach der Befreiung Kuwaits im Golf-Krieg von 1991 passiert ist", sagt Colin Adams, Chef des Verbands der Ingenieurbaufirmen. Damals hätten britische Firmen so gut wie keine Aufträge für den Wiederaufbau erhalten.

Digby Jones, Vorsitzender des Industrieverbands CBI, appelliert denn auch an seine Mitglieder, alles zu tun, um ihre engen Beziehungen zu den USA noch weiter zu stärken. "Und wenn das zu Lasten der Deutschen und Franzosen geht, ist das Sache der Amerikaner."

Schon kurz vor Kriegsausbruch waren Vertreter britischer Firmen, darunter die Ölkonzerne Shell und BP sowie Thames Water, eine Tochter des deutschen Mischkonzerns RWE, auf einem Geheimgespräch im Londoner Industrieministerium zusammengekommen, um die zukünftigen Geschäftsmöglichkeiten in Irak zu erörtern. Bei den ersten, durch die US-Entwicklungsbehörde Usaid vergebenen Aufträgen kamen sie allerdings nicht zum Zuge. Selbst ein Anruf von Industrie- und Handelsministerin Patricia Hewitt bei dem Chef von Usaid, Andrew Natsios, blieb erfolglos. Enttäuscht zeigte sich denn auch die Schifffahrtsgruppe P & O, die sich Hoffnung auf den Betrieb des Containerhafens von Umm Qasr gemacht hatte. Der Auftrag ging an die US-Firma Stevedoring.

"Aus Erfahrung wissen wir, dass die Amerikaner ihre Zerstörungen in Kriegen durch eigene Firmen wieder beseitigen lassen," erklärt ein Sprecher des Anlagenbauers Balfour Beatty illusionslos.

Die nationalistische Komponente unterstreicht indes der Vorstandschef einer anderen Firma, der nicht genannt werden möchte: "Es wäre doch ein Unding, wenn britische Steuergelder für den Wiederaufbau Iraks deutsche und französische Firmen subventionieren würden."

So sieht man es auch jenseits des Atlantiks. Usaid dachte jedenfalls nicht im Traum daran, ausländische Unternehmen einzuschalten. Der Patriotismus hat allerdings einen besonders pikante Note. Denn unter den fünf Konzernen, die mit ersten Aufträgen bedacht wurden, unterhalten zwei enge Beziehungen zur Administration in Washington. Im Aufsichtsrat des Bauunternehmens Bechtel sitzt George Shultz, einst Außenminister unter George Bush senior. Und der jetzige Vizepräsident Dick Cheney war bis zu seiner Berufung Vorstandschef von Halliburton, einem großen Zulieferer der Ölindustrie. Zufall oder Vetternwirtschaft? Jedenfalls ist dies nicht nur ausländischen Konkurrenten ein Dorn im Auge. Die demokratische Kongress-Abgeordnete Maxine Waters macht sich dafür stark, Firmen mit besonderen Verbindungen zur Regierung von Aufträgen für den Wiederaufbau auszuschließen. Vorerst geht es um 900 Millionen Dollar. In den nächsten Wochen stehen bis 1,5 Milliarden zur Disposition.

Unterdessen üben sich Vertreter der deutschen Wirtschaft in Zurückhaltung. Sie wollen die durch die politischen Differenzen zwischen Washington und Berlin ohnehin getrüben Beziehungen zu den USA nicht noch durch Forderungen zusätzlich belasten. Heiko Stiepelmann kann allerdings seinen Ärger nicht verhehlen. Er hält es für "zu früh", über Geschäfte im Mittleren Osten zu sprechen, "solange noch Kanonen donnern und Menschen sterben", sagt der Chefvolkswirt des Hauptverbands der Deutschen Bauindustrie. Dies sei auch die Auffassung großer Firmen, wie etwa Hochtief. Die aktuelle Debatte bezeichnet der Lobbyist als "Scheindiskussion", da keiner wisse, wie lange der Krieg dauere und unter welchen Bedingungen der Wiederaufbau geregelt werde.

Stiepelmann ist allerdings überzeugt, dass eine multilaterale Lösung unter dem Dach der UN gefunden wird. Dann würde bei der Vergabe von Aufträgen auch wieder die Wirtschaftlichkeit im Mittelpunkt stehen. Und unter solchen Bedingungen müssten deutsche Firmen, die technologisch zur Weltspitze zählten, nicht befürchten, ins Hintertreffen zu geraten.

Einst waren sie dick im Geschäft. Im Spitzenjahr 1976 konnten deutsche Baukonzerne Aufträge von umgerechnet 5,6 Milliarden Euro aus Mitgliedsländer der Organisation Erdöl exportierender Länder (Opec) verbuchen. Inzwischen sind es nur noch wenige Millionen.

"Unpassend" findet zum jetzigen Zeitpunkt auch der Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau (VDMA) die Debatte über den Wiederaufbau in Irak. Anders als die Bauindustrie schätzt Hauptgeschäftsführer Hannes Hesse die Chancen für deutsche Unternehmen "relativ ungünstig" ein. Er glaubt, dass es ein "Primat der Politik" bei der Vergabe der Aufträge gebe. "Unsere Unternehmen werden sich wegen des Konflikts zwischen der Bundesrepublik und den USA hinten in der Schlange befinden."

Dossier: [Krieg gegen Irak](#)

International: [USA verstärken Truppen massiv für langen Krieg](#)

Wirtschaft: [Nichts mehr drin](#)

Wirtschaft: [Auch wirtschaftlich eine Katastrophe](#)

Wirtschaft: [Ein Abschuss gleich eine Million Dollar](#)

[document info]

Copyright © Frankfurter Rundschau 2003

Dokument erstellt am 28.03.2003 um 18:00:39 Uhr

Erscheinungsdatum 29.03.2003